

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

107 (9.5.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Bezugpreis monatlich 1,82 Mark, jährlich 21,84 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Die Redaktion: Karlsruhe 1, D., Waldstraße 28. o. Fernruf 7020/7021. o. Telegrafisch: 7020/7021. o. Telephonisch: 7020/7021. o. Telegraphisch: 7020/7021. o. Telephonisch: 7020/7021.

Nummer 107 Karlsruhe, Montag, den 9. Mai 1932 52. Jahrgang

Albert Thomas †

Aus Paris kommt die von der gesamten internationalen Arbeiterbewegung mit größtem Bedauern aufgenommene Nachricht, daß Albert Thomas, der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, plötzlich gestorben ist. Der Name Albert Thomas ist durch seine jahrelange Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung der Welt, in Frankreich wie in Deutschland, in China wie in Afrika, wohl bekannt und seine Leistung die Hebung der Arbeiterklasse wird für alle Zeiten ein unverwundliches Denkmal in der Geschichte des Aufstiegs der Arbeiterbewegung sein.

Als junger Mann aus dem Lehrfach hervorgegangen, trat Albert Thomas nach Beendigung seiner akademischen Studien sehr bald in die sozialistische Bewegung ein. 1910 bereits in die französische Kammer gewählt, war sein Name bereits in der Arbeiterbewegung in Deutschland als der eines starken Anführers der Verständigungspolitik bekannt. Wir erinnern uns mancher Aufzüge in dieser Richtung, der jetzt im Alter von 54 Jahren verstorben, damals in der Münchener freiwirtschaftlichen Zeitschrift 'Der März' schrieb. Er schlug ihm auf der französischen Seite ebenso wie auf der deutschen Seite all die Bemühungen, welche die Sozialisten beider Länder unternommen um rechtzeitig eine Verständigung beider Länder herbeizuführen. Ebenso wie die deutschen Sozialisten für Deutschland erfüllten die französischen Sozialisten für Frankreich ihre patriotische Pflicht. Thomas wurde 1917 Munitionskommissar, um dann nach Beendigung des Krieges seinem inneren Drang folgend, sich wieder ganz der Arbeiterbewegung zu widmen. Auf Vorschlag der französischen Regierung wurde er als Thomas nach Errichtung des Internationalen Arbeitsamtes dessen Leiter, wobei er sich unermüdet für die Hebung der Arbeiterklasse einsetzte. Die Gewerkschaften beider Länder werden sich alleits dankbar der Verdienste des Verstorbenen erinnern. Es muß vor allem auch anerkannt werden, daß Thomas in den von ihm stammenden Plänen der Arbeitsbeschaffung auf internationaler Grundlage durch Vergebung großer öffentlicher Arbeiten die Erfordernisse unserer Zeit sehr wohl erwogen hat.

Thomas war ein Mann von starker organisatorischer Begabung. Ueber die Frage der Nachfolge kann noch nichts gesagt werden.

Thomas war ein aufrichtiger Anhänger einer deutsch-französischen Annäherung. Noch auf der kürzlich abgeschlossenen internationalen Arbeitskonferenz zeigte er sich erfolgreich für die Annahme einer Entschleunigung ein, in der die endgültige Lösung der Reparationsfrage von grundsätzlichen Gesichtspunkten aus gefordert wird. Es ist bekannt, daß er noch in diesem Monat nach Berlin reisen wollte, um mit der Reichsregierung Rücksprache zu nehmen. Thomas hat die deutsche Sozialpolitik wiederholt gegen die Angriffe, die im Ausland gegen sie gerichtet worden sind, in Schutz genommen.

Allgemeine Anteilnahme um Albert Thomas

Paris, 8. Mai. Albert Thomas, der hier im 54. Lebensjahre plötzlich gestorben ist, spielte in der vergangenen Nacht gegen Mitternacht in einem Restaurant, als sich plötzlich Atembeschwerden zeigten. Er wurde ohnmächtig. Auf dem Wege ins Hospital verschied er.

Paris, 8. Mai. In Kreisen der Internationalen Arbeitsorganisation und des Völkerbundes hat die Nachricht vom dem tragischen plötzlichen Tode des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas, die im Laufe des Sonntags bekannt wurde, allgemeine Anteilnahme hervorgerufen. Albert Thomas hat der von ihm geleiteten Organisation den Stempel seiner Persönlichkeit aufgedrückt. Sein frühes Hinscheiden wird allgemein bedauert. Als Sozialistiker von großem Format und als Mensch mit einem hochentwickelten Gerechtigkeitsempfinden trat er für einen gerechten Ausgleich der Interessen unter den Völkern ein.

Gesamtergebnis der Preußenwahlen

Endgültige Feststellung ergibt ein weiteres sozialdemokratisches Mandat

Berlin, 7. Mai. Das endgültige Gesamtergebnis der Wahl zum preussischen Landtag liegt nunmehr vor. Danach beträgt die Gesamtzahl der Abgeordneten 423. Eine Veränderung in der Zahl der Abgeordneten tritt lediglich bei der SPD ein. Diese hat jetzt wie zuvor angenommen 93, mit ihren 4675 173 Stimmen 94 Sitze erhalten.

Heute Reichstagszusammentritt

Vor der großen politischen Aussprache

Nach längerer Pause tritt der Reichstag am heutigen Montag wieder zusammen. Hauptgegenstand seiner Beratungen sind das Schuldenentlastungsgesetz, durch das die Lee-Morgan-Anleihe verlängert wird und das neue Kreditverleihungsgesetz für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung. Mit diesen beiden Gesetzesentwürfen wird die große innen- und außenpolitische Aussprache und die Behauptung der inzwischen eingegangenen und noch zu erwartenden zahlreichen Anträge der Parteien verbunden, in denen Auflösung des Reichstags, Aufhebung der letzten Notverordnungen, Einsetzung von Untersuchungsausschüssen zum Fall Kreuzer und zur Reichspräsidentenwahl und anderes mehr gefordert werden.

Die große politische Aussprache am Montag im Reichstag wird vom Reichsfinanzminister Dietrich mit der Begründung des Schuldenentlastungsgesetzes und des Kreditverleihungsgesetzes eingeleitet werden. Für die Debatte halten sich jedoch auch Reichskanzler Brüning und Reichsinnenminister Gröner bereit, um den Standpunkt der Regierung in den außenpolitischen Fragen und in den Fragen der „militärischen Verbände“ zu vertreten.

Die Abstimmungen über die in der Beratung verbundenen Gesetzesentwürfe und Anträge, insbesondere über die Mißtrauensanträge gegen das Reichskabinett und gegen einzelne Minister werden am Schluß des Tagungsabschnitts, also Mittwoch oder Donnerstag erfolgen.

Bezugpreis monatlich 1,82 Mark, jährlich 21,84 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Die Redaktion: Karlsruhe 1, D., Waldstraße 28. o. Fernruf 7020/7021. o. Telegraphisch: 7020/7021. o. Telephonisch: 7020/7021.

Am Montag treten sämtliche Fraktionen zusammen. Die Vollversammlung beginnt nachmittags 3 Uhr.

Anleihermächtigung zwecks Arbeitsbeschaffung

Vom Reichsrat genehmigt

Das Reichskabinett hat das Anleihegesetz zur Arbeitsbeschaffung verabschiedet. Seine wesentlichste Bestimmung lautet, wie wir hören:

„Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, für Sicherungen, Meliorationen, Beschäftigung Jugendlicher und sonstige Arbeitsbeschaffung Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen.“ Das Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten.

Der Reichsrat hat am Samstag mittags das Anleihegesetz zur Arbeitsbeschaffung genehmigt. Gegen das Gesetz stimmte niemand. Württemberg, Braunschweig, Anhalt und Mecklenburg-Strelitz stießen das Protokoll noch offenhalten. Der Reichsrat hat festgelegt, daß die Anleihe nicht im Wege des Kredits, sondern durch Ausgabe von Schuldscheinen beschafft werden soll, und zwar wird es sich, wie ergänzend mitgeteilt wurde, voraussichtlich um eine Prämienanleihe handeln. Preußen hat darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig erscheine, diese Aktion mit der Frage einer energischen Arbeitsbeschaffung zu verknüpfen.

Frankreichs Kammerwahlen

Kiesiger Wahlerfolg der Sozialisten und Radikalsozialisten

Paris, 9. Mai. Heute früh um 2 Uhr lag bereits die Statistik über die gesamten Ergebnisse des zweiten Wahlgangs zu den französischen Kammerwahlen mit Ausnahme des einen Mandats der Kolonie Guadeloupe vor, so daß sich mit Berücksichtigung des Ausgangs des ersten Wahlganges folgende Zusammenfassung der neuen französischen Kammer ergibt:

Parteien	1. Wahl.	2. Wahl.	Insges.	Bisher Gewinn	Verlust
Rechtshende	2	2	5	(7)	0
Radikalsozialisten	72	58	130	(144)	0
Radikalsozialisten	32	31	63	(86)	0
Radikalsozialisten	22	39	61	(87)	0
Radikalsozialisten (Radik. Verein)	62	88	150	(107)	44
Soz. Republikaner	18	32	50	(48)	2
Sozialisten	41	88	130	(111)	19
Kommunisten	2	19	21	(12)	9

Das ergibt zusammen 610 Abgeordnete.

lini begeistert. Durch all diese Treibereien hat sich das französische Volk nicht irre machen lassen und durch einen klaren Mandatsgewinn der Sozialisten und der bürgerlichen Radikalsozialisten (die Radikalsozialisten entsprechen den deutschen bürgerlichen Demokraten) gezeigt, daß das französische Volk in all den Wirren keine Nerven verliert. Möge dieses Resultat jetzt durch Kammerintrigen nicht umgefälscht werden und aus der Vernunft der französischen Wählerschaft günstige Konsequenzen für die gesamte Weltlage gezogen werden, deren darniederliegende Wirtschaft eine Epoche des Vertrauens so dringend notwendig hat!

Einzelheiten zum französischen Wahlergebnis

Paris, 8. Mai. In Paris wurde der ehemalige Unterstaatssekretär Héraud, Linksrepublikaner, und der bisherige Abgeordnete Soulier gewählt. In Lille wurde der Sozialist Brade gewählt. Wiedergewählt wurde der Abg. Franklin-Bouillon, Louis Puech, ein intimer Freund Tardieus, wurde gewählt. Cathala, der Unterstaatssekretär beim Ministerpräsidenten, wurde wiedergewählt, ferner der bekannte Industrielle Francois de Wendel. Der Chefredakteur der kommunistischen Humanité, Gabriel Péri, wurde in Versailles gewählt. Unterlegten sind die Kommunisten Cahin und Mart.

Im Elsaß sind die regionalistischen Kandidaten Seix und Bilger gewählt. Dagegen liegt als vniterrationalistischer Kandidat der Sozialist George Weill (Straßburg) mit 882 Stimmen, während kein regionalistischer Gegenkandidat 4838 Stimmen erhielt. In Mülhausen erlitt dagegen der ehemalige sozialistische Abg. Grumbach eine Niederlage, während dessen Gegenkandidat Wallach von den Sozialrepublikanern siegte, da anscheinend die Anhänger der Autonomiebewegung für Wallach stimmten.

Trauerkundgebung für Doumer

Tardieus Botschaft

Am Dienstag französische Präsidentenwahl

Paris, 8. Mai. Ministerpräsident Tardieu hat im Namen der Regierung die folgende Botschaft an das französische Volk gerichtet:

An das französische Volk!

Der Präsident der Republik ist ermordet worden. Ganz Frankreich ist darüber in größte Bestürzung geraten. Es scheint den berühmten Greis, dessen Leben dem Dienste Frankreichs geweiht war und dessen vier Söhne für die Verteidigung Frankreichs gefallen sind. Ganz Frankreich verneigt sich vor der trauernden Witwe ihres ebenfalls auf dem Felde der Ehre gefallenen Gatten. Zollen wir dem Staate durch Ruhe und Würde die einzige Ehre, die er erwünscht hat. Morgen wird das Land seine Vertreter wählen; am Dienstag wird die Nationalversammlung den neuen Präsidenten bestimmen; am Donnerstag wird das Volk von Paris Paul Doumer von dem Elisee in das Pantheon führen. In der Erinnerung an den großen Diener und in Durchführung des Gelebes wird Frankreich seine Trauer und seine Einheit zu bekräftigen wissen. Es lebe Frankreich, es lebe die Republik!

ges. Tardieu, Ministerpräsident.

Präsidentenwahl durch die alte Kammer

Paris, 8. Mai. Der Ministerrat hat beschlossen, die Nationalversammlung (das ist Kammer und Senat zusammen) die die Wahl des neuen Präsidenten der Republik vorzunehmen hat, auf Dienstag nachmittags 14 Uhr nach Versailles einzuberufen. Die bisherige Kammer, also die 1928 gewählten Abgeordneten, werden an der Wahl des neuen Präsidenten teilnehmen, da die Beschlüsse der neuen Kammer erst am 1. Juni beginnen.

Wer wird Doumers Nachfolger?

Paris, 8. Mai. In den Bandelungen von Kammer und Senat wurden die Namen des Senatspräsidenten Lebrenn und des Abg. Painlevé als Kandidaten für den Präsidentenposten genannt. Nach dem gegenwärtigen Eindruck wird der Kampf um den Posten des Präsidenten nicht zu einer politischen Schlacht ausarten.

Beileid für Doumer

Anlaßlich des Ablebens des Präsidenten der französischen Republik haben das Reichspräsidentium, die Reichskanzlei, das Auswärtige Amt mit Freischiffung und der Reichstag die Flaggen auf Halbmast gesetzt.

Der Reichspräsident hat an die Witwe des verstorbenen Präsidenten der französischen Republik, Doumer, folgendes Beileidstele-

gramm getrieben: „Tief erschüttert von der Nachricht des Ablebens Ihres Herrn Gemahls bitte ich Sie, hochverehrte gnädige Frau, meiner aufrichtigen und herzlichsten Teilnahme versichert zu sein. Möge der Allmächtige Ihnen die Kraft geben, auch diesen letzten Schicksalsschlag zu ertragen und Ihnen mit meinem Trost beistehen.“

Der Reichsanwalt Dr. Brüning hat an den französischen Ministerpräsidenten Lardieu folgendes Beileidstelegramm geschickt: „Auf das schmerzlichste beweint durch die Nachricht, daß es nicht gelungen ist, das Leben des Präsidenten Doumer zu erhalten, drängt es mich, Em. Exzellenz meine, der Reichsregierung und des deutschen Volkes wärmste Anteilnahme an der Trauer auszusprechen, welche Frankreich in diesem Augenblick erfüllt. In diesem Mitgefühl beklage ich das grauiame Schicksal, das Ihr Staatsoberhaupt mitten in seinem Werke für das Vaterland sein Leben zum Opfer bringen mußte. aas. Reichsanwalt Dr. Brüning.“

Paris, 8. Mai. Die Frauen der deutschen Kolonie in Paris haben heute an der Bahre Doumers einen Kranz niederlegen lassen. In einem Schreiben brachten sie Frau Doumer ihr aufrichtiges Beileid zum Ausdruck.

Gorgulow - eine feine Faschistennummer

Prag, 8. Mai. (Sf.) Von dem Mörder des französischen Staatspräsidenten Gorgulow ist in Prag bekannt, daß er während seines hiesigen Aufenthaltes mit weit rechtsstehenden russischen Emigranten verkehrte, die mit dem tschechischen Faschistenführer Gojda in Verbindung standen.

Im September 1927 betrat Gorgulow in Prerau (Mähren) die Tochter eines dortigen Bürgers. Die Ehe endete jedoch bald mit der Scheidung, der auf Antrag der Frau Gorgulows wegen schlechter Behandlung stattgegeben wurde. Auch die zweite Ehe Gorgulows mit einer tschechischen Staatsangehörigen dauerte nicht lange. Die betreffende Frau ließ sich ebenfalls wegen schlechter Behandlung scheiden. In der Zwischenzeit übte Gorgulow in Godinga und später in Prerau ärztliche Praxis aus. In Prag gründete er dann eine



Der Attentäter Paul Gorgulow nach seiner Verhaftung

russische faschistische Partei, die es jedoch nur auf 40 Mitglieder brachte. Sein Gehalt um Genehmigung zur Gründung einer allrussischen Bauernpartei wurde von der Prager Polizeidirektion abgelehnt. Im vergangenen Jahre wurde Gorgulow mit zwei Bekannten wegen fortgesetzter Abtreibung, von denen eine mit dem Tode einer Frau endete, verhaftet. Als er nach wochenlangem Saß auf freien Fuß gesetzt wurde, flüchtete er aus Barchin vor Strafe nach Frankreich.

Das Organ der tschechischen Sozialdemokratie erklärt zu der Meldung, daß Gorgulow tschechischer Sozialdemokrat gewesen ist, daß der Russe im Mai 1927 in Godinga der sozialdemokratischen Organisation angeschlossen hat, jedoch bereits im September 1927 wegen schlechten Lebenswandels aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Selbstmord eines Pariser Russen wegen Gorgulow

Paris, 9. Mai. Ein Russe, der seit langen Jahren in Paris lebt, ist durch das Attentat eines seiner Landsleute so beeindruckt worden, daß er in einem unbewachten Augenblick Selbstmord verübte. Er stürzte sich aus dem Fenster seiner im 8. Stockwerk gelegenen Wohnung. Er lebte mit seiner Freundin zusammen und hat den Selbstmord beabsichtigt, als sie nicht im Hause war. Aus einigen hinterlassenen Säben, die noch nicht überlekt sind, geht das Motiv zur Tat hervor. Der Selbstmörder starb während seiner Ueberführung ins Krankenhaus.

Die Moskauer Presse veröffentlicht eine Mitteilung der kommunistischen Internationale, in der jede Mitschuld an der Ermordung Doumers abgelehnt wird.

Kongress für Totalabrüstung

Totale Abrüstung ist das Thema des 7. Internationalen Kongresses der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, der vom 14. bis 19. Mai d. J. in Grenoble, Frankreich, unter der Nobelpreisträgerin Jane Addams-Chicago stattfinden wird. Die ökonomische Krise, die Kriegsindustrien, die Internationalisierung der privaten Luftschifffahrt, die Frage einer internationalen Armee werden u. a. von sachverständigen Frauen und Männern aus vielen Ländern behandelt. Programme, Ausrüstung durch das Generalsekretariat der IFFW in Genf 12, Rue du vier Colonne.

Kube hofft auf Thälmann

Kassel, 7. Mai. In Kassel sprach der Führer der preussischen Landtagsfraktion der NSDAP, Kube, über das Thema „Was wird aus Preußen?“ Nach den Ausführungen des Redners scheinen Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum aussichtslos verlaufen zu sein. Kube erklärte parteiamtlich: Wenn auf Grund des durch die Wahl von 162 Abgeordneten zum Ausdruck gebrachten Willens der Nation der NSDAP im neuen Preußenparlament nicht die Macht und die Staatsführung übertragen werde, dann werde die Partei den Landtag wieder auflösen. Sie benötige zu dieser Maßnahme nicht die Hilfe der bürgerlichen Parteien, gleichviel welcher Richtung.

Sie werde sie allein mit den Kommunisten durchsetzen, deren Unterstützung sie sicher sei.

Der Kampf werde zu Ende geführt werden, auch gegen die, die mit dem Marxismus im Bunde stehen und stehen würden.

Nazi zerlegen Oesterreichs Heer

Wien, 8. Mai. Die erste Machtmehrgewehrteilungs des 4. Infanterieregiments, deren Nationalisten, wie die Blätter melden, am 24. April vorwiegend nationalsozialistisch gewährt haben, wurde wegen Verstoßes gegen die Kaserneordnung aufgelöst und die Mannschaft auf andere Truppenteile verteilt.

Die Verleumdungsmethode des Nazi-Führer vor Gericht

5 Monate für Dr. Wacker

Der Beleidigungsprozeß Dr. Föhr gegen den „Führer“

Im Karlsruhe, 7. Mai. Vor dem Karlsruher Schöffengericht. Vorsitzender Amtsgerichtsdirektor Straub; Schöffen: Gustav Karl Rapp, Fabrikant und Bezirksrat in Unterzombach, und Dr. Kube, Direktor der Stadt. Schauspiele in Baden-Baden fand heute der Beleidigungsprozeß gegen den Hauptschriftleiter der nationalsozialistischen Zeitung „Der Führer“, Dr. Otto Wacker aus Karlsruhe, statt. Gegen letzteren wurde, nachdem der Führer des badischen Zentrums, Dr. Föhr, sowie die Abgeordneten Dies und Kaufmann, Strafantrag gestellt hatte, Anklage wegen Beleidigung erhoben. Den genannten wurde im Führer Folge 75 vom 16. März 1932 der Vorwurf des Hoch- und Landesverrats in einem Artikel gemacht, der überlieferten ist:

„Was geht im Dunkeln vor? Mainlinie und Donaustaat. Die geheimen Absichten und Ziele bestimmter Zentrumskreise. Soll Deutschland zersplittern werden durch schwarzen Hoch- und Landesverrat? Nehmen die alten Pläne des Zentrums-Separatismus wieder Gestalt an?“

In den Ausführungen des Artikels wurde u. a. behauptet, daß in Singen a. S. eine vertrauliche Beratung der Zentrumsführer in Baden stattgefunden habe. Teilgenommen hätten der Führer des badischen Zentrums, Dr. Föhr, der Bürgermeister von Singen, Dr. Kaufmann, und der Reichstagsabgeordnete Dies von Radolfzell. In der Sitzung seien hoch- und landesverräterische Ausführungen gemacht worden.

Am Tage des Erscheinens des Artikels im Führer wurde diese Zeitung beschlagnahmt und vom badischen Innenminister auf die Dauer von vierzehn Tagen verboten. In der am gleichen Tage abgehaltenen Sitzung des badischen Landtags erklärte Dr. Föhr, der Artikel des Führer sei in allen Teilen unwahr; die Konferenz, an der er teilgenommen haben soll und in der hochverräterische Ausführungen gemacht worden sein sollen, habe überhaupt nicht stattgefunden.

Von den Nationalsozialisten war beim Oberreichsanwalt gegen die drei Zentrumsführer Dr. Föhr, Dies und Kaufmann Anklage wegen Hochverrats erstattet worden, die aber dadurch ihre Erledigung fand, daß der Oberreichsanwalt erklärte, daß er keinen Anlaß habe, die Angelegenheit zu verfolgen.

Der Angeklagte Dr. Wacker erklärt, daß er die Verantwortung für den Artikel, der auch in dem Kopfbild der Aemanne in Freiburg erschien, übernehme. Den Verfasser nenne er nicht. Auf die Frage, inwieweit er sich über den Inhalt des Artikels verlässig habe, gibt er an, ein Redaktionsmitglied habe im Briefwechsel gestanden mit dem Zeugen Speck in Dauchingen. Ueber die Sitzung in Singen a. S. habe die Redaktion des Führer durch Speck Nachricht erhalten. Er verlasse sich auf Speck; dieser habe mitgeteilt, daß der Aha. Dies die in Frage stehenden Gedankenänge zum Ausdruck gebracht habe.

Als erster Zeuge wurde Aha. Dr. Föhr gehört. Er erklärt auf die entsetzende Behauptung des Vorstehenden, er habe keine Verantwortung, das Zeugnis zu verweigern. Seit der letzten Reichstagswahl habe er keine Verleumdung in Singen a. S. angewohnt. Eine Tagung dieser Art im Bodeniseegebiet habe überhaupt nicht stattgefunden. Auch den Zeugen Simon kennt er nicht. Vorstehender: „Können Sie einmal Ausführungen gemacht, wenn Hitler zur Macht kam, den Sünden des Reiches abzutrennen?“ Zeuge: „Nein! Aber in Radolfzell habe ich ausgeführt: „Wenn Hitler gewählt würde, werde ich das Zentrum selbstverständlich als Reichspräsidenten anerkennen.“ Der Zeuge behauptet, daß er einer ähnlichen Verleumdung unbeschädigt von Singen nicht beigewohnt habe.

Der von der Verteidigung anerkannte Zeuge Schuhmacher Philipp Speck aus Dauchingen bei Willingen, der der NSDAP angehört, gibt an, er habe sich mit dem Zeugen Simon öfters über politische Fragen unterhalten. Es sei auch die Sprache darauf gekommen, was man zu tun gedenke, wenn Hitler an die Macht käme. Simon habe ihm erklärt, daß für diesen Fall schon Vorkehrungen getroffen seien. Dann werde Süddeutschland von Norddeutschland getrennt, dann würde die Grenze der Main sein. Aus Simons Behauptungen gewann der Zeuge die Ueberzeugung, daß die fragliche Bepredung in Singen gewesen sein müßte in Anwesenheit Simons, Dr. Föhrs, Dr. Kaufmanns und Dies. Vorstehender: „Sie scheinen sich da mit hohen politischen Problemen in Dauchingen befaßt zu haben.“ Ueber die Frage, ob er briefliche Mitteilungen über die Bepredungen nach Karlsruhe gemacht habe, verweigert der Zeuge nach Behauptung die Anklage; ebenso darüber, wem er eine eidesstattliche Versicherung darüber gegeben habe.

Zeuge Landwirt Wilhelm Simon aus Dauchingen, Verwalter der Kreisfiscalanstalt Geisingen, gehört der Zentrumspartei an und ist Nachbar des Zeugen Speck, mit dem er öfters politisierte. Zu Speck habe er gesagt, im Falle der Wahl Hitlers käme es zum Bürgerkrieg, er habe schon mit Parteigenossen darüber gesprochen, daß sich in diesem Falle separatistische Bestrebungen bemerkbar machen könnten. In einer Konferenz dieser Art in Singen oder anderswo habe er nicht teilgenommen. Mit Dr. Föhr habe er noch nicht gesprochen, ebensowenig mit Dr. Kaufmann und Aha. Dies. Zeuge kann sich nicht erinnern, behauptet zu haben, Dies habe gesagt, man müsse die Verfassung brechen, um der Verfassung willen.

Reichstagsabgeordneter Dies erklärt als Zeuge, der Inhalt des Artikels sei durchaus unwahr. Eine derartige Zusammenkunft habe nicht stattgefunden. Solche Probleme würde der Zeuge aufs äußerste belämpfen bei seiner stark unitarischen Einstellung.

Zeuge Aha. Dr. Kaufmann, Bürgermeister von Singen a. S., erklärt, der Artikel im Führer habe ihn aufs äußerste überrast. Er habe an keiner Konferenz teilgenommen, in welcher besprochen wurde, was bei der Wahl Hitlers geschehen solle. Er kennt die Zeugen Simon und Speck aus Dauchingen nicht. Bei ihren Erörterungen handele es sich um Bierlichstrategie.

Der Vorstehende stellt aus den Akten fest, daß gegen die drei Abgeordneten unterm 15. März Anklage bei der Oberreichsanwaltschaft wegen Landesverrats erstattet wurde. Die Oberreichsanwaltschaft fand keinen Anlaß zum Einschreiten.

Es kommen dann die Strafanträge zur Verlesung.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Kupp, stellt den Antrag, den Staatspräsidenten Schmitt, den Kultusminister Baumgarten, den Aha. Graf (Hr.) und den Landtagsabgeordneten Reinhold zu laden; diese sollten darüber Auskunft geben, daß in Karlsruhe Beleidigungen stattgefunden hätten, daß bei einem Sieg der National-

sozialisten in Preußen sich die süddeutschen Staaten separatieren würden entweder selbständig oder mit Oesterreich. Seiner Gemahlin nennt der Verteidiger nicht. Dieser Antrag wurde vom Gericht abgelehnt.

Oberstaatsanwalt Dr. Seinsheimer führte in seiner Anklage aus, es sei auch früher im politischen Kampfe sehr gekämpft worden. In der letzten Zeit sei man es im Gerichtssaal gemöhnt, daß der politische Kampf mit verästelten Pfeilen aus dem Hinterhalt geführt werde. Es war interessant, auf die Wursel eines so schweren Vorwurfs wie Hoch- und Landesverrat gegenüber dem politischen Gegner nachzugehen. Es könne kaum einen schwereren Vorwurf geben. Sicher sei, daß von den Beleidigten keiner den Herrn Simon oder Speck gekannt hat. Mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung müsse der § 1 der Notverordnung über den verächtlichen Gehensdruck in der öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten angewandt werden. Der Staatsanwalt beantragt über die Mindeststrafe von 3 Monaten hinausgehen und auf Veröffentlichung des Urteils zu erkennen.

Der Verteidiger beantragt in erster Linie Freisprechung auf Grund des § 193, fernerhinlich die Mindeststrafe im Sinne des § 195.

Das Urteil

Das Schöffengericht erkannte gegen den Angeklagten Dr. Otto Wacker wegen öffentlicher übler Nachrede im Sinne der §§ 186 und 200 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 auf eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Den Beleidigten Dr. Föhr, Bürgermeister Kaufmann aus Singen und Aha. Dies von Radolfzell wird die Befugnis zuerkannt, den verhängten Teil des Urteils auf Kosten des Angeklagten Dr. Otto Wacker binnen einem Monat im Führer, im Aemanne, im Wöllischen Beobachter und im Badischen Beobachter öffentlich bekannt zu machen.

In der Begründung des Urteils kam zum Ausdruck, daß der Artikel lediglich auf dem Geschwäh zweier Dauchinger Bürger beruhe und der Wahrheitsbeweis vollständig zu führen sei. Man wäre zu der Erkenntnis gekommen, wenn man die in § 1 der Notverordnung vom 8. Dezember vorigen Jahres (verächtlichen Gehensdruck) nicht angewandt hätte, weil die in dem Artikel enthaltenen Beleidigungen wohl die schwersten seien, die man Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen, machen könne.

Dem Führer zufolge wird Dr. Wacker Verurteilung einlegen

Das Urteil gegen den Schriftleiter des Führer muß verdient und gerecht anerkannt werden. Der Oberstaatsanwalt hatte durchaus recht, wenn er dem Dr. Wacker den Glauben absperrt und das Gericht hatte sicher dieselbe Ueberzeugung. Darum ist es auch dem Antrage des Oberstaatsanwalts gefolgt und ist über ein Strafmaß von drei Monaten hinaus gegangen. Es gehört schon ein ganz ungewöhnliches politisches Geknurre dazu, drei Männern, die im öffentlichen Leben seit langer Zeit stehen und die dem heutigen Staat die ihr Art treu dienen, eine solch ungeheuerliche Verleumdung entgegen zu schleudern, sie hätten zur Zerreißung Deutschlands Pläne geschmiebelt und an einem Komplott zu diesem Zweck teilgenommen.

Die Nationalsozialisten kennen keine Scham, keine politische Moral und erst recht keine Skrupeln, wenn es um die politische Gegner zu bekämpfen. Sie haben bei Erfüllung ihrer Parteipflichten in Deutschland das politische Leben in einer Weise vergiftet, die sich leider noch lange in der schändlichsten Art auswirken wird. Der Reichsflügelener der von 1906 an einige Jahre ebenfalls die blanke Schandflecke auf dem Parteifeld propagierte und angewandte, heute nach den Erfahrungen mit den Nazis als jämmerliche Stümper auf diesem Gebiete angeprochen werden. Die heiserheulenden „Macht der langen Messer“, in deren Namen Gregor Strasser Jehntuende zu Schaden kam, wird aus dem Nazilager heraus versucht, die politischen Gegner durch Verleumdungen und bewusste Lügen zu „erleiden“. Daß sie dieses erbärmliche Handwerk bisher so flott betrieben konnten, daran tragen nicht wenige deutsche Richter und Staatsanwälte ein vollgerichtetes Maß Schuld, indem sie mit empfindungslos die gelegentlich gerabazu als Begründung aufgeführt worden ist, die Nazis in ihrer verleumderischen Praxis wenigstens indirekt ermunterten. Wenn am vergangenen Samstag ein Karlsruher Gerichtshof ein Urteil gegen einen hiesigen hakenkreuzerischen Verleumder fällte, das als angemessen Straftat bezeichnet werden muß, so nicht diese Ausnahme, sondern leider bisher eine der wenigen Ausnahmen — vorzeitigem nahmejustiz weber gegen die Nazis noch gegen die Angehörigen irgendeiner Partei das Wort reden zu wollen; wir verlangen nur, daß die Justiz nicht so staatschädigend und ihre eigene Autorität zerstörend handelt, wie wir es in der letzten Zeit besonders im Norden Deutschlands, in zahlreichen Fällen erlebt haben. Um übrigens hat die Verhandlung am Samstag erneut hervielen, wie leichtfertig und gewissenlos der Führer mit der persönlichen und politischen Ehre der Mitmenschen umspringt. Und das soll hier extra angemerkt werden.

Nationalsozialistische Demonstrationen- versuche in Heidelberg

W. A. Heidelberg, 8. Mai. Gegen das in Baden bestehende Verbot politischer Umzüge unter freiem Himmel vertriehen heute mittag Angehörige der NSDAP, bzw. der aufgelösten SA, in Heidelberg auf dem Heilgenberg, und zwar in den Ruinen der Michaelskapelle zu einer Versammlung zusammen kommen. Die Polizei verbot ihnen Kenntnis und verhinderte die Fortführung der Versammlung. Gegen Mittag trafen sich die Teilnehmer vor dem Universitätsplatz, sangen Kampflieder und bildeten Sprechchöre. Die Polizei schritt abermals mit dem Gummifüßel ein und ließ die Anmählungen auf, wobei verschiedentlich mit dem Gummifüßel vorgegangen werden mußte. 23 Demonstranten wurden festgenommen und nach Bestätigung ihrer Personalien wieder freigelassen.

Freistaat Baden

Kastatter Einzelrichter spricht Baumann frei

Befragt ein solch „kündliches Gemüt“ noch die Reife zum Verwaltungsbekämten?

Am letzten Dienstag fand beim Amtsgericht Kastatt (Einzelrichter Schmidt-Eberstein) die Verhandlung gegen den Verwaltungssekretär Karl Baumann beim Bezirksamt Kastatt statt. Wie den Lesern des Volksfreund noch bekannt sein dürfte, ist Baumann am 12. März, am Vortage der ersten Reichspräsidentenwahl, bei der Wirtschaft zum „Türkenlouis“ dabei ertappt worden, als er nicht genehmigte nationalsozialistische Flugchriften verteilte. Baumann wurde vom Ministerium des Innern bis zur Austragung der Strafsache und Aufschluß des Disziplinarverfahrens von seinem Amt suspendiert. Die Verhandlung war in mancher Hinsicht sehr interessant und aufschlußreich. Ganz besonders merkwürdig und verständlich war dabei das Verhalten des Angeklagten selbst. Der Verwaltungssekretär Baumann gab zu seiner Entschuldigung bei der Beweisaufnahme folgendes an:

Er habe vor der Geschäftsstelle der NSDAP, in der Bahnhofstraße von dort stehenden „jungen Leuten“ einige Hefchen bekommen und diese, ohne sich um den Titel und Inhalt derselben zu kümmern, in seinen Mantel gesteckt. Den Titel der Flugchrift habe er erst drei Tage später erfahren, den Inhalt könne er angeblich heute noch nicht. (?) Diese Flugchriften, deren Inhalt er heute noch nicht kennen will, hat er dann in der Bahnhofstraße zur Verteilung gebracht, bis er von der Polizei dabei geschnappt wurde.

Der Angeklagte bestritt auch bei der Beweisaufnahme, daß er Mitglied der NSDAP sei und mit dieser Partei schon irgendwelche Verbindungen gehabt habe. Diese Angaben stehen allerdings in direktem Widerspruch mit der bekannten Tatsache, daß Herr Baumann vor der Präsidentenwahl häufiger Gast im Nazischützenklub Ensbach und im Naziverkehrslokal „Schmurr“ war. Zu seiner nochträglichen Entschuldigung wollen wir annehmen, daß Herr Baumann bei Ensbach nur reine „Privatkäufe“ beforzt und in der Weinhandlung Schmurr nur seinen „privaten“ Durst stillt. Zu seiner Verteidigung gab Herr Baumann weiter an, daß er seit 1914 Mitglied des hiesigen katholischen Gesellenvereins sei und deshalb auch „automatisch“ der Zentrumsliste angehört. Außerdem sei er Ehrenmitglied des katholischen Gesellenvereins. Da er die Blätter verteilt habe, sei eine Dummheit von ihm gewesen?

Ein netter Staatsbeamter, der sich von „jungen Leuten“ zu solchen „Dummheiten“ verleiten läßt!

Das Verhalten des Herrn Baumann zeigt wirklich nicht von besonderer Tapferkeit und Mannesmut. Erst treibt man angeblich unbekümmert und ohne Absicht Naziprogramme durch Verteilung von Flugchriften und wenn man dabei von der Polizei ertappt wird, so man der harmlose Mann und verhasst sich hinter den katholischen Gesellenverein und die Zentrumsliste. Die Herren Stadtrat Schies und Karl Stier und Kaplan Oswald mußten bei dieser Verhandlung als sogenannte Entlastungszeugen auftreten. Bei der Verhandlung hatte man das Gefühl, daß die genannten Zentrumsleute über ihr „Ehrenmitglied Baumann“ nicht besonders erfreut sind. Auch Herr Kevlinger, der Kastatter Naziführer, hätte dem Angeklagten das Zeugnis eines politisch ganz „harmlosen Mannes“ aus. Warum auch nicht?

Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung zu 100 M Geldstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schumacher, beantragte Freispruch, weil der Beweis nicht erbracht sei, daß sich Herr Baumann im Sinne des § 11 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 veranlassen habe. Die von Baumann zur Verteilung gebrachte Schrift sei keine Flugchrift, sondern eine „Broschüre“ gewesen. Die Verteilung einer „Broschüre“ reiche aber zur Anklage nicht aus. Nach längerer Pause verurteilte dann der Einzelrichter, Herr Amtsgerichtsrat Schmidt-Eberstein, das Urteil, welches auf Freispruch des Angeklagten lautete.

Zur Begründung dieses merkwürdigen Urteils wird vom Einzelrichter hervorgehoben, daß Baumann die Flugchriften nicht an eine größere Öffentlichkeit hinausgegeben hat, sondern nur an einige Bekannte; deshalb sei der Anklage der Boden entzogen worden. (?) Weil also Herr Baumann das Pech gehabt hat, von der Polizei schon bei Beginn seiner öffentlichen Naziprogramme geschnappt zu werden, ist die Verteilung der Flugchriften nach Ansicht des Herrn Einzelrichters nicht an eine größere Öffentlichkeit erfolgt? Was würde beispielsweise mit einem Kommunisten oder Sozialdemokraten in ähnlicher Lage geschehen?

Veränderungen im höheren Justizdienst

Benannt wurden: Landgerichtsdirektor Dr. Engelhardt in Karlsruhe zum Senatspräsidenten am Oberlandesgericht, Land- und Amtsgerichtsdirektor Dr. Hermann Weindel in Heidelberg zum Landgerichtsdirektor in Heidelberg, Oberregierungsrat Alfred Stöcker im Justizministerium zum Landgerichtsdirektor in Pforzheim, Amtsgerichtsdirektor August Straub in Karlsruhe zum Landgerichtsdirektor in Karlsruhe, Oberstaatsanwalt Dr. Franz Heinsheim in Karlsruhe zum Land- und Amtsgerichtsdirektor in Heidelberg, Erster Staatsanwalt Dr. Eugen Weiskopf in Karlsruhe zum Amtsgerichtsdirektor in Heidelberg. — Befördert wurde Oberstaatsanwalt Adolf von Söfer in Waldsloh nach Karlsruhe.

Lehrer und demokratischer Staat

Der Frankfurter Lehrerverein beschäftigte sich in einer Mittagsbesprechung einsehend mit dem Thema „Die staatspolitische Lage und der deutsche Lehrerverein“ und nahm nach lebhafter Diskussion eine Entschließung an, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Grundzüge der demokratischen Staatsverfassung geachtet sind. Wörtlich heißt es in der Entschließung:

Wir bekennen uns erneut zur gegenwärtigen Reichsverfassung, weil in ihr die Grundgedanken über Bildung und Schule im wesentlichen verankert sind, die der deutsche Lehrerverein in jahrelangem Kampfe gegen reaktionäre Mächte mit großer Zähigkeit durchgesetzt hat. Es ist unsere Pflicht, auch heute mit gleichem Eifer die gestellten Ziele zu verfolgen. Deshalb erwarten wir von allen Mitgliedern und Führern des deutschen Lehrervereins, daß sie in den harten Kämpfen unserer Zeit alles tun, was zur Verwirklichung, Sicherung und Erweiterung unserer Ziele notwendig ist.“

Brüning über die kommende Konferenzpolitik

WE, Berlin, 8. Mai. Der Berliner Verband der auswärtigen Presse veranstaltete heute im Neuen Rathaus in Berlin-Schöneberg eine politische Matinee, in deren Mittelpunkt eine große außenpolitische Rede des Reichsministers Dr. Brüning stand, die auch im Rundfunk übertragen worden war.

Der Reichszugler ging einmündig auf die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg ein. Durch die Wiederwahl Hindenburgs sei eine Epoche von Konflikten und inneren Zwistigkeiten beendet worden. Jetzt heiße es, sich einhellig hinter den Reichspräsidenten zu scharen, um der internationalen Autorität seiner Persönlichkeit

bei den kommenden außenpolitischen Aktionen die moralische Stohkraft

hinzuzufügen. Er sei dann nach Genf gefahren, um sich dort der Behandlung der außenpolitischen Probleme zu widmen, deren größtenteils und beschleunigter Lösung nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse der ganzen Welt liege. Es habe sich zwar vieles gegenüber Deutschland zum Besseren gewendet. Die Atmosphäre des Hofes, die Deutschland jahrelang nach dem Kriege entgegengetraf, sei vielfach gemildert. Aber in vielen bestehende Ungleichheiten fort, z. B. auf dem Gebiete der Abrüstung. Deutschland wolle, wie auf allen Gebieten, so auch auf dem der Abrüstungsfrage, keine Sonderrechte, keine Privilegien, er wolle nichts als die Gleichheit und die Befreiung eines Anstandes, der Deutschland auf den Stand der Welt zurückzuführen herabdrücke.

Vor wenigen Tagen, so fuhr der Kanzler fort, sei unter Land ertrotzt worden durch das Gericht von einer

besorgenden Belebung Danzigs. Das Gericht war unberuhigt.

Aber wie hätte es so tiefe Beruhigung, so tiefe Sorgen vor einem Konflikt mit allen seinen unausdenkbaren Folgen herbeiführen können, wenn eben nicht diese Ungleichheit bestanden hätte. Was von der Abrüstungsfrage gelte, gelte auch im gleichen Maße von der Reparationsfrage. Wänscht sei in allen denkbaren Köpfen die Ueberzeugung Gemeingut, daß

Deutschland hat ungeheuren ihm auferlegten Zahlungen nicht leisten könne.

ja, daß diese Zahlungen entscheidend dazu beigetragen hätten, den wirtschaftlichen Wirtmar in der Welt herbeizuführen. Deutschland habe für den von ihm verlorenen Krieg wohl kaum ein Volk in der neueren Geschichte gelitten und Opfer bringen müssen, einmal aber müßten diese Opfer ein Ende haben. Einmal müsse der Schlußstrich gezogen

werden. Auf die Lausanner Konferenz seien nun die Blicke der Geseinnnten aller Völker gerichtet. Was Rot tue, sei nicht eine Multiplikation von Konferenzen, sondern die beschleunigte und die ganze Tat. Im Zeichen dieses Zeitwinkels müsse Lausanne stehen, sonst werde es nicht zum Meilenstein des Lebens, sondern zum Wegweiser des Zusammenbruchs werden.

Der Reichszugler brachte zum Schluß seinen festen Glauben an die

unabhängige Zukunft des deutschen Volkes zum Ausdruck.

Gemeindepolitik

Die Not der Gemeinden

Die Gemeindeverwaltung von Nedargartach bei Heilbronn hat beschlossen, mit Wirkung vom Beginn dieser Woche ab keine Unterstellungen an die Wohlfahrtsverbände mehr auszubehalten, da ihr für die außerordentlichen Aufwendungen keine Mittel mehr zur Verfügung stehen.

Nedargartach hat sechsmal soviel Wohlfahrtsverbände als der Durchschnitt in Württemberg betragt und das Doppelte des Durchschnittes der preussischen Gemeinden. Seine Aufwendungen für Wohlfahrtsverbände haben sich von 1930 bis 1931 mehr als verdreifacht. Die Gemeinde erhebt schon jetzt 30 Prozent Gemeindefuhrung. Dabei hat die staatliche Aufsichtsbehörde verfügt, daß der Kredit, den die Gemeinde in Anspruch nehmen darf, auf ein Drittel der früher hierfür festgesetzten Summe reduziert wird. Darin muß der Staat der Gemeinde aber auch aus anderen Quellen die Mittel zur Durchführung ihrer gesetzlichen Aufgaben zur Verfügung stellen.

Aus aller Welt

Einbürgerung in Lyon

Paris, 8. Mai. Zwei Wohnhäuser kürzten in Lyon heute plötzlich zusammen. Der Einbruch der beiden Häuser wird auf einen Erdbeben zurückgeführt. Von 45 Bewohnern der beiden Häuser sollen 27 ums Leben gekommen sein.

Taifun in Süd-Annam

Hanoi, 8. Mai. Ein schrecklicher Taifun, der die Gegend von Süd-Annam heimlich, hat nach den vorliegenden Nachrichten 500 Todesopfer gefordert, unter ihnen befinden sich zwei Europäer.

Niesenfeuersbrunst in Chile

Santiago de Chile, 8. Mai. Eine ungeheure Feuersbrunst hat den Bahnhof von Valdivia zerstört. Der Bahnhof selbst und mehrere andere Personen kamen dabei ums Leben.

Das Verbrecherhiff nach Gdingen unterwegs

Das argentinische Verbrecherhiff „Chaco“ hat nunmehr seine Fahrt durch den Nord-Atlantik angetreten und wird im polnischen Hafen Gdingen in an Bord befindlichen Polen abgeben.

Meuterei in der peruanischen Flotte

New York, 8. Mai. (Reuter.) Wie aus Lima gemeldet wird, ist auf zwei peruanischen Kriegsschiffen auf der Höhe von Callao eine kommunistische Meuterei ausgebrochen, die jedoch nach einer stillen Erklärung bereits unterdrückt worden ist.

Einweihung im Deutschen Museum

München, 7. Mai. Das Bibliothekgebäude des Deutschen Museums wurde heute nachmittag im Beisein des Studienrates mit einem von musikalischen Beiträgen und Resitationen eingerahmten kurzen Festakt eingeweiht.

Aus dem Gerichtssaal

Schmuggler vor Gericht

Daß die nahe Grenze schon manchen zum Schmuggeln verleitet hat, ist eine weit verbreitete Tatsache. Was alles bei nächtlichen Stunden seinen Weg über den Rhein nimmt, ist weit weniger bekannt. Vor einiger Zeit gelang der Zollfahndungsstelle wieder einmal ein größerer Coup. Eine große Anzahl Leute wurden festgenommen, weil sie sich mit dem Zigarettenpapierschmuggel beschäftigten und es wagten hinterher beträchtliche Strafen. Zwei Schmuggler und eine Frau haben gegen diese Strafbefehle Einspruch erhoben, denn die Zahlen seien viel zu hoch. Vorher waren die Leute arbeitslos. Aus dem Drang, etwas zu verdienen, gingen sie einen Gemischhandel an. Dabei blieb aber auch nicht viel hängen und so suchten sie eben nach neuen Verdienstmöglichkeiten. Schmuggel hat dann Aussicht, wenn es sich um besonders hoch verzollte und verfeuerte Waren handelte. So kam man auf die Zigarettenblätchen. Da die Beurteilungen aber kein Geld haben, erscheinen ihnen die ausgesprochenen Strafen unangehörlich. Mit ihrem Einspruch wollten die Angeklagten zunächst erreichen, daß die Strafen gemäßiget werden. Nach ihren Angaben hat man ihnen zu viel aufgeschrieben. Sowie wollen sie gar nicht geschmuggelt haben.

Da war zuerst der angeklagte E. aus Grünwinkel. Er hat von Anderen von der Sache gehört und wollte die Schmuggelerei mal probieren. Die Mitangeklagte Frau B. hat ihm dazu extra ein Schmugglerhemd angefertigt das die Form einer Weste hatte und ringsum mit Taschen besetzt war. Mit diesem Hemd hat er einmal 170 Hefchen von Straßburg herüber gebracht. Die Hauptplache aber wurde mit einem Auto erbeutet. Ein Kastatter Gemischhändler fuhr mit seinem Wagen in die Pfalz und von dort über die Grenze. Zweimal konnte man ihm das nachweisen. Das erste Mal brachte er 3000 Hefchen mit, das zweite Mal ist ihm eine gleiche Anzahl kurios abhandeln gekommen. Dann fuhr er nach Rehl, wo man im nahen Straßburg dieselben „Blätchen“ kaufte. E. war mit dabei, er sollte auf Wunsch des Mitangeklagten Otto B. aus Daxlanden die Sache kontrollieren. Er mußte in einer Wirtschaft in Rehl warten, bis in der Nacht gegen 1 Uhr plötzlich die anderen kamen und dann ging mit der stidlich geschmuggelten Ware los. Als er der B. das zweite Mal 2000 Stück von Straßburg brachte, will B. sie ihm nicht mehr abgenommen haben. Wo die dann hineingekommen sind, läßt sich nachträglich nicht mehr feststellen.

Ueberbaupt hat man bei der Verhandlung den Eindruck, daß die Schmuggler sich gegenseitig so oft als möglich, hereinzulegen versuchen. Einmal liefern sie die Blätchen unnummeriert, das andere Mal verpackt der eine den anderen, oder man stiehlt sich gegenseitig die Ware wieder. Schreien darf keiner, sonst fliegt er selbst rein.

Die Angeklagten erreichten noch eine wesentlich mildere Strafe; statt zu 12000 Mark werden die beiden Angeklagten Fritz E. und Otto B. wegen Zoll- und Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von 5214,20 Mark, einer Verurteilung von 2370 Mark, dazu eine Gefängnisstrafe von 1 Monat verurteilt. E. bekommt wegen seines Sonderhismuggels mit dem Hemd noch extra eine Geldstrafe von 180 plus 85 Mark. Die Frau B. hat das Hemd angefertigt und erhielt dafür wegen Beihilfe die gleiche Strafe wie der Schmuggler selbst. 180 und 85 Mark. Sie hat als Entschuldigung angegeben, daß um jene Zeit Kastatt war und sie deshalb noch nicht wissen konnte, für was das Hemd war, aber das Gericht war anderer Auffassung und kam zur Verurteilung.

In zweiter Instanz freigesprochen

Im Vor der I. Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Rudmann hatten sich heute die 47 Jahre alte verwitwete Elise St. und der 32 Jahre alte geschiedene Kaufmann Emil A. wegen Ruppelstahl bzw. Beihilfe im Sinne des § 180 zu verantworten. Den Angeklagten wird zur Zeit gelast, in dem der Angeklagter gehörigen Hause Erdbeerstraße 4 gewohnheitsmäßig einen hochverbreiteten Betrieb unterhalten zu haben, in welchem an neun Prostituierten zur Ausübung ihres „Gewerbes“ Zimmer vermietet wurden, womit nach der Anklage eine Ausbeutung der Mädchen verbunden war. Am 28. Oktober wurden beide Angeklagte verurteilt und zwar die A. zu zwei Monaten Gefängnis und der Mitangeklagte St. wegen Beihilfe zu einem Monat Gefängnis. Das Berufungsgericht konnte sich nicht davon überzeugen, daß sich die Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig gemacht haben; es wurde auf die Berufung der Angeklagten auf Freisprechung mangels ausreichenden Beweises erkannt.

Steinlawine bei Airolo

Airolo, 8. Mai. Zwischen Ambri und Airolo ging auf das Bahngleis eine Steinlawine nieder. Ein Bahnwärterhäuschen wurde stark beschädigt, die Schrankenwärterin und ihre Tochter erlitten Verletzungen. Die Strecke wurde teilweise zerstört, konnte aber nach etwa fünf Stunden für den normalen Verkehr wieder hergestellt werden. Bis zur Freilegung der Strecke erlitten die Züge Verzögerungen bis zu vier Stunden.

Brand in den Hafenanlagen von Neuzorf

WE, Neuzorf, 6. Mai. In einem Bier der Cunard-Linie, das etwa 1000 Wards lang ist, brach ein Brand aus. Ein Dampfer an dessen Bord sich keine Passagiere befanden, wurde in Sicherheit abgeholt. Das Großfeuer konnte trotz mehrfacher Bemühungen dieser Feuerwehrränge nicht eingedämmt werden; Es droht auf den benachbarten Bier überzupringen. Man befürchtet, daß der auf Solafässeln ruhende Cunard-Bier, der einen Wert von zwei Millionen Dollars darstellt, einbüßt. Schwere Rauchwolken verbunkeln im weitem Umkreis die Umgebung der Brandstätte. 20 Feuerwehrleute erlitten Rauchvergiftungen.

Goethe-Feier der Nationen

In den Tagen vom 12. bis 15. Mai hält der Kulturkreis des Völkerverbundes zum zweiten Male eine Tagung in Frankfurt a. M. ab, die diesmal ganz im Zeichen „Goethes“ stehen wird. Am Freitag, den 13. Mai, findet vormittags 11.00 Uhr im Frankfurter Opernhaus eine besondere Goethefeier statt, die von sämtlichen deutschen Sendern übernommen wird. Nach Eröffnungsworten von Dr. Faquet sprechen nacheinander Vertreter von Frankreich, der Tschechoslowakei, England und Italien über Themen, die mit Goethe zusammenhängen. Das Schlußwort spricht Rudolf G. Windig. Die Veranstaltung wird eingeleitet von der Hofkapellmeisterin von Schwerin und dem Chorleiter von „Die Westfälinger von Nürnberg“ von Richard Waaner.

Zu jedem Kaffee — ganz gleich, ob Bohnenkaffee, Malzkaffee, Kornkaffee oder selbstgeröstetes Getreide — gehört die gute Kaffeewürze Mühlen Franck. Das Kaffegetränk bekommt dann mehr Kraft, Farbe und Wohlgeschmack und wird überdies billiger, weil man bedeutend weniger Kaffee braucht!



Mühlen Franck zu jedem Kaffee

Machen Sie einen Versuch!

Karlsruher Familien-Krankenpflege

Unter staatl. Aufsicht

Telefon 4159

Filialen

Weststadt: Kriegsstr. 171 II
 Mittelstadt: Markgrafenstr. 26 II
 Südstadt: Schützenstraße 38
 Oststadt: Rudolfstraße 26 II
 Rintheim: Ernststraße 78

Anmeldeformulare und Satzungen sind in obigen Filialen erhältlich

Farben Lacke etc. gebrauchsfertig

für Anstriche aller Art

vorteilhaft im Farbenhaus

Hansa

Waldstr. 18, beim Colosseum.

Leder-Handtaschen

sowie sämtliche Reise-Artikel zu Jubiläums-Preisen

Echt Pythonschlange 3,90
 od. Chamblon, fein. Nickel-Bügel, ilach. Ledergriff od. Kette 3,80
Sternarbig, Vollrindled. 4,90
 feiner Lederbügel, Moiréfütter
Marm.-Vollrindleder, oben abger., zusammenschließb. Griff 4,50

Solides Leder, mit Nickel-Bügel u. Kette, f. rot, blau, braun 1,95
Echt Baffian, m. Hesen-Verzier. u. mod. Schloss, 24 cm Leder, hübsch. Met.-Einfass, in den neuert. Modelfarb., 20 cm 2,90
 1,95

Sportkoffer aus haltiger Hartplatte, 8 Schutz-ecken, 2 Sprungschlösser 35 40 cm 1,90 2,25
Stadtkoffer aus solidem Kunstleder, in Juchtemarken, in Braun u. blau, m. Satinfutter, Deckel u. Bodentasche, 60 cm 3,90
Handkoffer vulkanisierte Hartplatte, mit 2 guten Sprungschlössern, 65 70 cm 3,50 3,90 4,50 4,90 5,50
Handkoffer aus echter Vulkanfiber-Platte, leicht im Gewicht und sehr dauerhaft, in glatt Mahagoni, 2 solide Sprungschlösser und Packgurte 5,90 6,50 7,50 8,25 8,90
Herren-Anzugkoffer Vollrindleder, auf Rahmen gearbeitet und solidem Stoff-Futter 00 05 cm 19,50 22,50
Eleganter Damen-Handkoffer Autoduc, mit hellem Vulkanfiberfütter, Schutzzecken u. Packgurte 55 60 65 cm 7,90 8,90 9,75

NIETZ

Soziale Rundschau

Zum freiwilligen Arbeitsdienst

Zu dem Entwurf des Reichsarbeitsministers für eine Ergänzung der Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes hat nun auch der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung Stellung genommen. Arbeit über das, was nun eigentlich geschehen soll, haben auch die Beratungen des Verwaltungsrats nicht abgebracht. Das der Personenkreis des freiwilligen Arbeitsdienstes erweitert werden soll, ist nichts neues, ebenso nicht, daß in erster Linie der freiwillige Arbeitsdienst bei der landwirtschaftlichen Siedlung angelegt werden soll. Allein bis zur Stunde weiß niemand, in welchem Umfang nun eigentlich solche landwirtschaftliche Siedlungen geschaffen werden sollen. Es werden allerhand Zahlen genannt — 5000, 10 000 und 20 000 —, aber das sind reine Phantasiezahlen, weil der Reichsarbeitsminister das entscheidende Wortlein zu sagen hat. Es sollen ja künftig auch nichtunterstützte Arbeitslose in größerer Anzahl im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden, und die Mittel dafür können nur vom Reich kommen.

Die Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes auf Personen, die keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung beziehen und die nicht zu den Arbeitnehmern gehören, ist auch nicht ganz unbedenklich; denn daraus entsteht die Gefahr, daß eine größere Anzahl von Bauernjöhne und ähnlichen Personen, bei denen nicht die Notlage eines arbeitslosen Arbeitnehmers vorliegt, mit öffentlichen Mitteln zur Arbeit angeleitet und der Normalarbeiter immer härter verdrängt wird. Besonders ist auch die Bestimmung des Entwurfs, wonach die Entscheidung über die Förderung von Siedlungsarbeiten durch den freiwilligen Arbeitsdienst im Einzelfall in die Hand des Arbeitsamtsvorsitzenden allein gelegt wird. Er kann entscheiden ohne Mitwirkung des Ausschusses des Arbeitsamtes, während bisher der Präsident des Landesarbeitsamtes erst nach Jubilunahme mit dem Ausschuss seine Entscheidung treffen konnte. Wie haben es hier mit einer weiteren Ausdehnung der Selbstverwaltung und der in ihr vertretene Gewerkschaften zu tun. Das eine solche Ausdehnung nicht geeignet ist, zu freudiger Mitarbeit anzuhalten, versteht sich von selbst.

Unberechtigtheiten in der Arznenfürsorge

Die Bedürftigkeitsprüfung in der Arznenfürsorge hat zu großen Härten geführt. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben dieser Lage den Reichsarbeitsminister darauf aufmerksam gemacht. Bei den leinerseit vorgenommenen Änderungen der Bedürftigkeitsprüfung wurden die Freigrenzen bei der Anrechnung des Einkommens von Anverwandten nicht mehr in festen Sätzen bestimmt, sondern der Satz von 20 M für den Einkommensempfänger selbst und von je 10 M für seine unterhaltsberechtigten Angehörigen wurde zum Höchstmaß erklärt; er kann infolgedessen durch beschränkte und dritte Regelung unterschritten werden. In der Praxis stellen nun die unterschiedlichsten Maßstäbe. Der Satz von 20 M wird in einzelnen Bezirken bis auf 16 M und noch tiefer gesenkt, der Satz von 10 M auf 8 oder 6 M, ja für Kinder sogar auf 4 und 3 M gedrückt. Die Folge dieser Systemlosigkeit ist eine Fülle von Unberechtigtheiten.

Bei der Wartung des zugelassenen Personenkreises

Die Präsidenten der Landesarbeitsämter in den Gemeinden unter 10 000 Einwohner, abgesehen von den grundständig ausgeschlossenen Gruppen (Landwirtschaft, Hausarbeiten, Jugendliche unter 21 Jahren) häufig sehr empfindliche Beschränkungen vorgenommen, a. B. Ausschluß der weiblichen Arbeitslosen, soweit sie in der Familie leben und nicht übermäßig ernährte dieser Familie sind, oder Ausschluß aller verheirateten Frauen. Auch bei Lohnarbeit wechselnder Art werden in einzelnen Bezirken aus verschiedene Gruppen zugerechnet, bzw. nicht zugerechnet. Wenn in jedem einzelnen Fall eine eingehende Bedürftigkeitsprüfung stattfindet, ist ein Ausschluß ganzer Gruppen nicht mehr zu rechtfertigen. Der Arbeitsamtsvorsitzende muß, wie er das Recht auf Verfügung im Einzelfalle hat, auch das Recht bekommen, in besonderen Härtefällen die Unterhaltung zu bewilligen, auch wenn der Antragsteller zu einem im allgemeinen nicht zugelassenen Personenkreis gehört.

Die heutige Regelung der Bedürftigkeitsprüfung ist, wie man sieht, recht unbefriedigend. Der Reichsarbeitsminister meint, diese Härten seien nicht zu vermeiden, weil die Untersuchungsansätze aus Mangel an Mitteln sehr eng gezogen worden sei. Bedauerlich bleibt trotzdem, daß vom Reichsarbeitsministerium kein Versuch gemacht wird, größere Einseitigkeit und Rechtsferigkeit zu schaffen, die den sozialen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, so wie er wirklich ist, Rechnung trägt.

44 431 Arbeitslose im Mannheimer Bezirk

12. Mannheim, 5. Mai. Das Arbeitsamt zählte am 30. April insgesamt 44 431 Arbeitslose, davon 34 642 Männer und 9 789 Frauen. Die Abnahme gegenüber dem letzten Stichtag (15. April) beträgt 527 Personen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die allgemeine Witterung hat sich im Laufe des Sonntag etwas gebessert. Fast den ganzen Samstag hindurch fiel noch anhaltend Regen. Sonntag vormittag liehen die Niederschläge im Norden des Landes nach. Am Nachmittag blieb es hier bei zeitweiliger Aufbesserung anhaltend trocken. Südbaden hatte dagegen noch zeitweilige Regen. Ueber England liegt noch eine Teilstörung, die uns gelegentlich leichte Niederschläge bringen kann. Im Allgemeinen besteht jedoch jetzt die Neigung zu etwas beständigerem Wetter.

Wetterausichten für Dienstag, den 10. Mai 1932:
 Veränderlich, zeitweise noch leichter Regen, auffrischende Westwinde. Temperaturen wenig veränderlich.

Wasserstand des Rheins

Basel 131, Waldshut 312, Schutterinsel 193, Rehl 323, Maxau 514. M. Weim 304 Zentimeter.

Kleine bad. Chronik

Tödlicher Sturz von der Heubühne

* Kielbasen, Amt Konstanz, 7. Mai. Der Landwirt Kornel Wagner stürzte so schwer von der Heubühne, daß er seinen inneren Verletzungen im Krankenhaus erlag. Er stand im Alter von 62 Jahren.

Rom Zug überfahren und getötet

* Waldshut, 7. Mai. Beim Überfahren der Gleise im Bahnhof Waldshut wurde der 53 Jahre alte Bahnarbeiter Heinrich Dörflinger von Schminingen von dem um 22.04 Uhr aus Richtung Emmendingen einlaufenden Zug erfasst und auf der Stelle getötet.

Brände

* Schönaich, 8. Mai. Heute früh kurz nach halb 4 Uhr brach in dem am Schwimmbadweg gelegenen Doppelwohnhaus des Hermann Burger und Josef Griebl der Feuer aus, das sich sehr schnell auf das ganze Anwesen ausbreitete. Die freiwillige Schönaicher Wehr bekämpfte energisch mit vier Schlauchleitungen den Brand. Der Westflügel des Hauses wurde eingestürzt, dagegen konnte der östliche Teil restauriert werden. Der obere Teil des Hauses, er hatte jedoch durch Wasser stark gelitten. Der obere Teil des Hauses ist etwa hundert Jahre alt und war architektonisch aus Holz erstellt. Die Entstehungsurache ist noch nicht einwandfrei geklärt. Der Bruder des brandgeschädigten Bürger wurde vor einigen Tagen in Schönwald ebenfalls von einem Brandfall betroffen.

* Ottenhöfen, Amt Bühl, 8. Mai. Im benachbarten Seebach entstand im Hause des Ortsdieners H. I. S. ein Brand, der jedoch rasch gelöscht werden konnte, ehe er bedrohliche Formen annahm. Alles deutet darauf hin, daß auch hier, wie bei früheren Bränden, Brandstiftung von dritter Hand vorliegt.

Weissenheim (Amt Lahr), 7. Mai. Deconomiegebäude ein-gezündet.

Seute früh gegen 1/3 Uhr brach in dem Deconomiegebäude des Landwirts Gottlieb Helm die Feuer aus, das sich sehr schnell auf das ganze Anwesen ausbreitete. Der Brand wurde durch die freiwillige Wehr rasch gelöscht. Der Schaden beträgt etwa 20 000 Mark.

Die Bluttat in Graben

Zu dem Familiendrama, bei dem der frühere Kottenführer Heinrich 3 i m m e r m a n n seine 46 Jahre alte Ehefrau mit dem Jagdgewehr erschoss, wird noch bekannt: Nach dem allgemeinen Abbau mußte Zimmermann seinen Dienst aufgeben und widmete sich seiner Landwirtschaft, und seit 1929 besiedelte er den Boden eines Jagdwaldes. Eine Veränderung trat in den letzten Jahren ein, als sich Zimmermann mehr und mehr dem Alkohol zuwandte. So kam er auch am Himmelfahrtstag angetrunken nach Hause. Richtig hörte man aus der Wohnung einen Schuss fallen. Nachbarn begaben sich in die Wohnung und fanden die Ehefrau tot am Boden liegend. Der Schuss war ihr durch den Kopf gegangen. In einiger Entfernung lag Zimmermann, der leicht verletzt war. Wie gemeldet wird, erklärte Zimmermann bei seiner Vernehmung, daß er sich selbst habe erschießen wollen, doch sei seine Frau daswischen getreten, die ihn an der Ausführung der Tat habe hindern wollen. Dadurch sei der Schuss losgegangen und habe die Frau getroffen.

Reennel, Amt Sickingen, 7. Mai. Endlich geborgen.

Die Leiche des im vorigen Herbst vermissten Sägereibehlers Burkhard wurde am Himmelfahrtstag am Kraftwerk Schwörstadt angeschwemmt und konnte geborgen werden.

Subershofen, Amt Donaueschingen, 7. Mai. Sturz in der Scheune.

Der 55 Jahre alte Straßenwari Josef Schmid stürzte etwa 4 Meter von der Heubühne auf den Zementsboden der Scheune. Er mußte schwer verletzt ins Donaueschingener Krankenhaus verbracht werden. Schmid ist Schwerkrankenbeschädigter.

Mannstadt (Amt Tauberhofsheim), 7. Mai. Gewitter mit Hagelregen.

Am Dienstag nachmittags gegen 5 Uhr zog ein schweres Gewitter über unsere Gemarkung, welches mit einem starken Hagelregen verbunden war. Im Au, alchen größere Teile der Gemarkung einer Winterlandschaft. Die schon in Blüte stehenden Bäume wurden stark mitgenommen; der Schaden dürfte nicht allzu groß sein, da die meisten Kirchgänge noch zurück sind.

Bruchsal, 7. Mai. Eiserne Hochzeit.

Das Ehepaar Josef 3 h l e, ehemaliger Stadtdiener, kann am Montag die Feier der eisernen Hochzeit begehen. Das Jubelpaar ist 94 bzw. 89 Jahre alt und erfreut sich einer seltenen körperlichen und geistigen Frische. Ablehst nicht ohne Brille und verknüpft auch nicht einen Trunk in Gesellschaft seiner Mitbürger.

Aus der Stadt Durlach

Roter Haden. Morgen Dienstag 8 Uhr im „Tannhäuser“ Probe.

Schweinemarkt am 7. Mai 1932. Der Markt war befahren mit 80 Käufer Schweinen und 112 Verkäufer Schweinen. Verkauf wurden 66 bzw. 112. Preis pro Paar 36—42 bzw. 20—31 M.

Da bleiben alle heute stehen — —
 und machen große Augen, wenn auf einmal im benachbarten Straßenschild ein auffallend isolierter Trupp auftaucht, in der Mitte den Säuer und in der Rechten die Hand gefüllte Waffe der Zauberei. Die Wärfel alle Welt erkennt in ihnen auf den ersten Blick das flinke Mi-Männchen, das nicht müde wird, ununterbrochen vielbeschäftigten Hausfrauen zuzuhören:

Sagt die vielen Hausfrauen
 nur mit 1921 rauber machen!

Karlsruher Umgebung

Wollartsmeier

Todesfall. Freitag abend 7 Uhr ist unter Genosse Georg R e m m e r, Schleifer, 62 Jahre alt, an dem Folgen eines Schlaganfalls, welchen er vor 14 Tagen auf dem Wege zu seiner Tochter erlitten, gestorben. Seit ungefähr 30 Jahren ist er Mitglied unserer Partei im Kreis der Parteifreie. Ueber 25 Jahre gehörte er dem Deutschen Metallarbeiterverband an. Wir verlieren in seinem treuen und braven Genossen, welcher allezeit bereit war, für die Befestigung der Arbeiterpartei zu werden. Die Sozialdemokratische Partei hier, sowie der Arbeiter-Turn- und Sängerbund werden ihrem langjährigen treuen Genossen allezeit ein ehrendes Gedenken bewahren.

Tagungen

Arbeitsgemeinschaft des Badischen Neuhäuslerbezuges

13. Offenbach, 6. Mai. Die Arbeitsgemeinschaft des Badischen Neuhäuslerbezuges hielt hier eine Sitzung des Gesamtvorstandes ab. Der Landesvorsitzende, Arthur Leonhardt aus Mannheim, berichtete einen kurzen Bericht über die Lage der Neuhäusler in Stadt und Land, die sich durch und seit Erlass der Notverordnung vom 8. Dezember v. J. weiter erheblich verschärft habe. Es seien allerwärts Verdrängungen und Zwangsverleierungen von Neuhäuslern festzustellen. Rache und bürgerschaftliche Hilfe durch die maßgebenden amtlichen Stellen sei dringend am Platze. Die Sachlage des badischen Neuhäuslerbezuges soll dem Plenum des Landestages zur Verhandlung kommen. Man gab der Erwartung Ausdruck, daß der Landtag sich der schublos in Not geratenen Neuhäusler annimmt und Maßnahmen zur Rettung des Neuhäuslerbezuges trifft. Besonders eingehend wurde die Frage der Zwangsverwaltung besprochen und festgestellt, daß im Geleite hier eine Lücke zum Nachteil der Neuhäusler besteht, deren Auswärtigkeit durch Vermögensverhältnisse an Landes- und Reichsrenten zu haben werden soll. Mit allem Nachdruck wird eine Ermäßigung der viel zu hohen Zins- und Tilgungsquoten für Baulandbesitzer gefordert. Ausführlich wurde über die Verhandlungen des Vorstandes mit dem Reichsarbeitsministerium berichtet, auch die darauf hingewiesenen, daß die Vorlage weiterer kritischer Materialien dringend erforderlich ist. Der Rheinwälsche Neuhäuslerbezugs hat sich der Badischen Arbeitsgemeinschaft angeschlossen; auch die hiesigen Gruppen und der Bund der Württembergischen Neuhäusler bezugs hatten Fühlung mit Baden weds gemeinsamen Vorarbeiten aufgenommen.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Hauptversammlung

Am Mittwoch, 11. Mai, 20 Uhr. Hauptversammlung im Lokal zum „Elefanten“.

Tagesordnung: „Der Ausgang der letzten Wahlen und die durch geschaffene Situation im Inn- und Ausland.“

Referent: Landessekretär der SPD, Landtagsabgeordneter Georg Reinhold (Mannheim).

Arbeiterwohlfahrt

Seute Montag, 9. Mai, abends 8 Uhr. Vorstandssitzung im Büro, Alter Bahnhof (östliche Flügel).

Am Mittwoch, den 11. Mai können die Anmeldungen zur örtlichen Erholungsreise angenommen werden. Die Kinder müssen vorher der schulärztlichen Untersuchung unterziehen. Sprechstunden der Schulärztliche Montag und Freitag von 3—5 Uhr, Steinstraße 16. Sprechstunden der Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt Montags von 9—12 Uhr und von 3—6 Uhr, Freitags von 9—12 Uhr.

Freier Frauenbund

Bei unserer nächsten Zusammenkunft, die am Donnerstag, 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Zentralverband der Angestellten, Gartenstraße 25, stattfindet, spricht Herr Dr. Weichmann über: „Mittel und Wege zur Behebung der Arbeitslosigkeit“. Wir bitten Mitarbeiter und Freunde um zahlreichem Besuch.

Bezirk Müppurr

Wie laden unsere Anhänger zu einer Maifeierstunde auf Mittwoch, 11. Mai, 20 Uhr, in den Rindergarten ein. Die Mitwirkenden sind Gen. Hauptlehrer Meyer, Rindergarten, Gen. Kassas und der Rote Faden-Durlach. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Vereinsanzeiger

Die in 4 Seiten 80 Pf. die Zeit.

Verlagsanstalt haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden von Verlagsanstalt.

Karlsruhe

Naturfreunde Weierheim. Seute abend 8 Uhr Monatsversammlung im „Rudolf“.

Verantwortlich: Volker, Freizeitschriftleiter: Georg Schilling. Verantwortlich: Volker, Freizeitschriftleiter: Georg Schilling. Verantwortlich: Volker, Freizeitschriftleiter: Georg Schilling.

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

8. Mai 1932
1792 *Dichter Joh. Anton Reisewitz — 1805 †Friedrich Schiller
— 1858 †H. Stiehl, Begründer des Schulfurnens. — 1864 †Gos.
Wilhelm Wolff — 1870 *Karl von Baluschek — 1919 Aufruf der
Sozialdemokratie gegen Friedensbedingungen — 1926 Nordpolfug
Nord

Diensttätigkeit der Gewerbe Polizei in den Monaten März und April 1932

In den Monaten März und April wurden 1054 Kannen
Milch geprüft und 411 Proben zur Untersuchung erhoben.
Davon wurden 26 als gewässert und zwar von 8 bis 30 Pro-
zent, 10 als schmutzig, 3 als lauer und deshalb minderwertig
und eine als fettarm beanstandet. Im letzteren Falle wurde
nur das fettarme Vorgemisch abgegeben.

Die Beanstandungen fielen den Produzenten und
Sammlern zur Last. Die Kontrollen der hiesigen Milch-
händler ergaben in dieser Hinsicht keine Beanstandungen.
Von der Gemeinde Graben mußten in den Monaten
März und April 8 Milchproben wegen Schmutz und 5 wegen
Wässerrung beanstandet werden.

Von der Gendarmerie wurde in Großweier ein Land-
wirt festgesetzt, der seiner hierher abgelieferten Milch
in einem Falle 10 Prozent und in einem anderen Falle 60 Pro-
zent Wasser zugefügt hatte.

Von Lebens- und Genussmitteln wurden im Gan-
zen 115 Proben zwecks Untersuchung erhoben. Davon wurden
beanstandet: Eierwaren, weil sie zu wenig Ei enthielten,
Butter mit zu hohem Wassergehalt, als reines Schweine-
schmalz bezeichnetes Fett, welchem aber Rindertalg beige-
mengt war, Mettwurst wegen Färbung, Wurst wegen Brot-
zucker, Quarkkäse wegen zu hohem Wassergehalt, Malzsaft
wegen ungenügender Vorreinigung und Honig in Gläsern we-
gen erheblichem Mindergewicht.

Die Kontrollen über Preisauswärtigkeiten in Geschäften ergaben
abermals eine größere Menge Beanstandungen.

Gegen 4 J u n g s m e i e r e n wurden Meldungen vorge-
legt, weil sie der Innung freitretende Berufsstellen zu be-
wegen versuchten, ihre Preisliste den bedeutend höheren
Innungspreis anzuwenden, was ihnen auch in einem
Falle gelungen ist.

Ferner gelangten 130 Personen wegen Zuwiderhandlungen
gegen wirtschaftliche und gewerbliche Gesetze und Verordnun-
gen zur Anzeige, darunter eine Filialleiterin, weil sie mit
Wäsche verunreinigte Tücher in den Verkehr brachte, eine
Molkereibesitzerin, weil sie die Milch in ihrem Molkereibetrieb
nicht vorchriftsmäßig aufbewahrte, so daß Haustiere an die
Milch konnten, ein Bäckermeister, weil er keine Backstäube
zurücknahm und Aufbewahren von schmutziger Wäsche ver-
wendete, ferner 6 Gewerbetreibende wegen unzulässiger Wett-
bewerbs, 5 wegen Übertretung der Ausverkaufbestimmungen
und 7 Gewerbetreibende wegen Vergehens gegen die Ar-
beitszeitbestimmungen.

Achtel auf Invalidenmarken

In der letzten Zeit sind in mehreren Zeitungen unter obiger
Ueberschrift Ausführungen über die derzeitigen Bestimmungen be-
züglich der Warteseit auf Invalidenrente erschienen, die zum Teil
unzutreffend sind.

Nach Mitteilung der Landesversicherungsanstalt Baden dauert
autofas § 9 des Fünften Teiles Kapitel IV Abschnitt 1 der vierten
Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Warteseit bei der In-
validenrente (§ 1278 RVD.) jetzt mindestens 250 (statt bisher 200)
Beitragswochen. Sind aber weniger als 250 Beitragswochen auf-
grund der Versicherungspflicht geleistet (bisher 100 Pflichtwochen),
so dauert die Warteseit 500 Beitragswochen. Bei der Alters-
und Invalidenrente, welche nach vollendetem 65. Lebensjahr gewährt
wird, auch wenn Invalidität nicht vorliegt, dauert die Warteseit
750 Beitragswochen, einerlei, ob freiwillige oder Pflichtbeiträge
angewiesen sind.

Die bisherigen Bestimmungen über Erloschen der Anwartschaft
(§ 1280 RVD.) und über das Wiedereintreten der Anwartschaft
(§ 1283 RVD.) haben durch die vierte Notverordnung eine Ver-
änderung nicht erfahren.

Um sich vor Verlust seiner Anwartschaft zu schützen, sollte jeder
Versicherte darauf achten, daß seine Quittungsartikeln jeweils binnen
zwei Jahren nach dem Ausstellungstag zum Umtausch gelangt, und
daß für die aus dieser Karte laufende zweijährige Anwartschafts-
frist auch stets mindestens 20 Beitragswochen nachgewiesen sind.
Beiträge, welche für die Zeit vor dem Ausstellungstage gelten,
sind in monatliche 20 Beiträge nicht einzurechnen (§ 1280 RVD.).

Bei einer Quittungsartikeln verpätet zum Umtausch gelangt, so
läuft aus dieser Quittungsartikeln eine zweite zweijährige Frist (vom
Ausstellungstag an gerechnet), für welche ebenfalls 20 Wochenbe-
iträge nachgewiesen werden müssen. In diesem Falle empfiehlt es
sich zur Reuehlung des Fristenlaufes die Solgararte früher, d. h.
höchstens bis zum Ablauf der zweiten aus der Vorfarte laufenden
Anwartschaftsfrist, ausrechnen zu lassen.

In vielen Fällen kann bei verspätet umgetauschten und weniger
als 20 Markt enthaltenden Karten durch Nachlieferung von freiwilli-
gen Marken im Rahmen des § 1443 RVD. ein drohender An-
wartschaftsverlust noch beseitigt werden. Es ist zu empfehlen, in
diesem Fällen bei der Landesversicherungsanstalt Baden einen An-
trag auf Marken nachlieferung zu stellen, worauf der Versicherte auf
Grund seiner sämtlichen Vorkarten jaggemäß und unentgeltlich
Auskunft erhält.

Schließlich ist allen Versicherten, welche Anwartschaft auf Ruhe-
geld haben und bisher noch dem Recht der freiwilligen Weiter-
versicherung Gebrauch machten, trotz der in § 10 des Fünften Tei-
les Kapitel IV Abschnitt 1 der vierten Notverordnung enthaltenen
Ruhevorschriften dringend zu empfehlen, ihre Versicherung durch
freiwillige Markenlieferung auch weiterhin mindestens in dem zur

Kinderfreuden — Muttererehrung

Ein Sommertagsausflug ohne Sommerwärme! Regen und wieder
Regen ging auf die gewiß nicht dürstende Erde hernieder und bald
glaubte man, daß der Sommertagsausflug ins Wasser fallen werde.
Aber Petrus stoppte endlich und bald sah man in allen Stadtteilen
eifriges Rufen und Hinellen zum Sammelplatz. Schon um 2 Uhr
war reges Leben. Die Zahl der teilnehmenden Kinder war außer-
ordentlich groß. Recht behielten diesmal die Optimisten, die an den
guten Verlauf glaubten. Schon für die Kinder freute man sich des-
halb auch, daß das Wetter wenigstens am Nachmittag schön war.
Als sich gegen drei Uhr der

Sommertagsausflug

in Bewegung setzte, waren die Straßen dicht umfüllt von Erwach-
senen und Neugierigen. Froh und glücklich marschierten die Kleinen
mit ihren aufgesteckten Brezeln daher. Immer wieder ertönte das
alte Sommertagsliedchen: „Schritte schritt schritt, der Sommertag ist
da.“

Vorne an die Reiter, dann die vielen Buben und Mädels. Da-
zwischen Musikkapellen und Spielmannszüge. Auch eine Anzahl recht
neuer Wagen, die teilweise vom Gartenbauamt gestellt wurden,
belebten recht angenehm das allgemeine Bild. Eine schöne Gruppe
war der Schmetterling und der Fliegenpilz, auch der Waikater darf
dazu gezählt werden. Ueberall löste aber der Bulacher Wähe-
wagen große Freude aus. „Vor 100 Jahren.“ Es war eine wahre
Freude, wie die kleinen Mädels sich mit einem Ernst an die Wähe-
machten. Auch die originelle, einheitliche Kleidung wirkte sehr
echt und lebenswarm. Mit Beifall wurden auch die vielen anderen
Wagen, so die Küppelwagen, begrüßt, unter denen sich mancher fand,
der mit Liebe und Sorgfalt zusammengestellt war. Die Mädels
langten unermüdet, die Buben waren mehr fürs „Hochleben-
lassen“. Als der Zug in die Nähe des Arbeitsamts kam, meinte
so ein kleiner Knabe: „So jetzt komme mir ans Arbeitsamt, do
kenne mer a gel' fempfe.“ Auch im Festzug und mit der Brezel
vergessen die Kinder nicht den Mittag.

Es war gegen 5 Uhr als der Zug zum

Stadtgarten

am. Recht bald war dieser dicht bevölkert. Auch der See wim-
melte von großen und kleinen Bootsfahrern. Das Philharmonische
Orchester unter der Leitung von Herrn Guhr gab ein Festkon-
zert und so damit eine große Schar Musikliebhaber an. Ueberall
herrschte bald ein reges Treiben. Hinten beim Kinderpielplatz
hatte sich der Kapelle sein Heim gebaut. Viele kleinen Kinder-
staben vor seiner Bude und warteten, bis der Kapelle einmal
früht, ob sie nun auch alle da wären. Sundersstimmiges „Ja“
ertönte und dann begann der Kapelle mit seinen lustigen Sätzen
und die Kinder folgten ihm treu mit Zug und Ohr. Beim See

Anwartschaftserhaltung erforderlichen Umlage fortzuführen. Nach
Absatz 3 des genannten Paragraphen erlassen die in Frage stehen-
den Versicherten neben ihrem Ruhegehalt anteilmäßig den Teil
der Invalidenrente, welche sich aus ihren freiwillig geleisteten
Beiträgen errechnet, ausbezahlt. Je mehr freiwillige Beiträge ent-
richtet sind, umso höher wird der zur Auszahlung gelangende Be-
trag sich belaufen.

(*) Josef Dierndl 7. Vor Eintritt in das bürgerliche Alter ist unser
Partei genosse durch den Schnitter Tod uns entzogen worden. Eine
außerordentlich große Trauergemeinde hat sich um unseren toten
Freunde die letzte Ehre zu erweisen, in der Kapelle des Kremato-
riums aufzunehmen. Genosse Pfarrer Löw hielt die
Gedächtnisrede. Der Gesangsverein „Vormärts“, dem der Ver-
storbene seit Gründung angehörte, sang die Grabhymne „Schlaf
wohl“ und „Der Grabesang“ von Mann. Genosse Beramann
erhielt seinen alten Vereinstreuzer in anerkennenden Worten. Tief
erklärte sich Kollege D. h. f. der Vorsitzende des Verbandes der
Kampferkämpfer, von einem seiner ältesten Mitglieder Abschied. Im
Jahre 1896 nach Karlsruhe gekommen, das ihm die letzte Stätte
seines rastlosen Wirkens sein sollte, gründete er hier eine Ver-
bandsfiliale. Auch in Mannheim, seiner früheren Wirkungsstätte,
hatte er bereits eine Filiale gegründet. In unermüdetem Eifer
hat er vom Tage der Gründung bis zu seinem Tode alle Kräfte
für das Wohl seiner Berufsstellen eingesetzt. Das danken ihm
seine Kollegen über seinen Tod hinaus. Genosse Koch legte im
Auftrag der örtlichen Parteioffiziantin an seiner Bahre als
Zeichen der Anerkennung und Veranschaulichung für treue Dienste und
zum ehrenden Gedenken einen Kranz nieder und widmete dem
alten Parteigenossen einen tiefempfundenen Nachruf. Vor über drei
Jahrzehnten trat er der SPD. als Mitglied bei in der Uebersee-
ausa, das es nicht genügt, um die ökonomische Macht zu ringen,
sondern daß zur gänzlichen Befreiung der Arbeiterklasse es drin-
gend erforderlich ist, auch um die politische Macht zu kämpfen.
Wenn auch nicht begabt, in Wort und Schrift dem Gegner zu
parieren, hat er doch in ähber Kleinarbeit für den Sozialismus
gewirkt. Ein harter Schicksalsschlag traf ihn vor vier Wochen,
als der Schnitter Tod ihm seine Weggefährtin, seine Gattin, entzogen
hat. In diesem harten Schicksalsschlag, der unseren damals 65jäh-
rigen Kampfer traf, befiel ihn noch eine tödliche Krankheit, die
den Todesseim in ihm legte. Der Streiter ist gefallen. Ein tüchtiges
Leiden hat seinem Leben ein Ziel gesetzt. Ehre seiner Waise!

amf.

(*) Jüher Tod. In einem Hause der Markgrafenstraße wurde
seit fünf Tagen die Witwe Lang vermisst. Man öffnete die Woh-
nung und fand die Frau tot in ihrem Bette. Sie war einem
Schlaganfall erlegen.

Kurztelegramme. In der deutschen Wirtschaft und weiten Krei-
sen der Bevölkerung die Benutzung des Telegraphen zu kurzen
Mitteilungen gegen die geringe Gebühr von 50 Pf. wie in
der Vorkriegszeit zu ermöglichen, hat die Deutsche Reichspost seit
freien Stadt Danzig lösen. Kurztelegramme eingeführt. Kurz-

haben sich Kurzbefehle zurecht gemacht. Soll doch der Winter
verbrannt werden. Auf einem kleinen Floß wird eine große
Strohpyramide auf den See gebracht und angezündet. Seltene
Flammen schlagen empor und im Augenblick ist das Schauspiel vorbei. Nun
der Kameramann kann uns diese Woche nochmals im Film zeigen.
Bekanntlich wurde der Sommertagsausflug und das Treiben im Stadt-
garten für einen Werbefilm und die Wochenschau gedreht. Damit
war der Sommertag offiziell zu Ende.

Muttertagsfeier

Wie alljährlich, so fand auch dieses Jahr wieder zur Ehre der
Mutter in der Städtischen Festhalle eine Feier statt. Welch große
Anteilnahme die Karlsruher Bevölkerung an dieser Feier nimmt,
zeigt sich von Jahr zu Jahr. Dem Rufe des Reichsbundes der
Kinderfreunden Deutschlands zum Schutze der Familie e. V., Orts-
gruppe Karlsruhe waren viele gefolgt. Im Mittelpunkt der Ver-
tragsfolge stand die Festsprache. Der Referent sprach mit Ver-
ständnis von der Mutter und ihren Pflichten, der Erziehung der
Kinder und brachte dies in Zusammenhang mit der gegenwärtigen
Zeit. Er sprach von der Liebe der Mutter zu ihren Kindern, sie sei
wie das Meer, könne alle Lasten tragen und gibt doch auf den lei-
sesten Druck nach. Die Familie, so führte er weiter aus, hat sich in
der heutigen schlechten Zeit, allen äußeren Einflüssen zum Trotz,
als ebener Bau gesellschaftlichen Zusammenhanges erwiesen. Doch
drohe dieses solide Fundament gesunden Staatslebens zu zerfallen,
weil die Frau infolge der überaus ungesunden Tätigkeit im Berufs-
leben von der Mutterpflicht abkomme und es nur Frauen und keine
Mütter mehr gibt. Als Konkurrent des Mannes im Wirtschafts-
leben wirkt sich dies aus, wo durch billige weibliche Arbeitskräfte
der Erwerb des Mannes herabgemindert wird, derart, daß es ihm
sehr schwer fällt, mit seinem Auskommen die Familie zu ernähren.
Bevor nicht diese Mißstände durch Zuführung der Frau nach ihrer
natürlichen Bestimmung und Austausch mit männlichen Arbeits-
kräften sich ändern, wird sich die Sicherung des Familiensammen-
halts nur sehr schwer vollziehen. Der Vortragende wußte seine
Ausführungen durch sinnvolle Gedanken großer Männer zu ver-
schönern. Seine Ausführungen fanden aufnahmefreudige Menschen.

Untrüblich war dieses Gedanken mit den gediegenen musikalischen
Darbietungen. Das Jungmänner-Quartett Beierthelm sang vom
Mütterlein und der Heimat, von Weiß und Rind, dem Himmel auf
Erden, und einem schönen Valentinstag. Gemüt und Seele lag in
den Gesängen. Der Vortrager, gesprochen von Fräulein Sieglinde
Bruder, fand allseitig Beifall. Die tapferen kleinen Tänzern
der Tanzschule Wertens-Weger, die was künstlerisches Können an-
geht, nichts zu wünschen übrig ließen, seien noch erwähnt und in
erster Linie verriet das Gesangsduo von Frau Dr. Janson Schardau
Bartheit und Feingefühl.

Die Veranstaltung klana aus im gemeinsamen Lied auf „Deutsche
Frauen, deutsche Treue“.

16. Februar innerhalb Deutschlands und im Verkehr mit der
telegraphen sind in offener Sprache abgefaßte Telegramme, die
mit der Anschrift und dem Dienstvermerk — RZ — höchstens acht
G e b ü r e n w ö r t e r enthalten dürfen. Die Anwendung von ver-
einbarten Kurzanschriften und von Fernsprechanschriften ist zuläs-
sig; auch die auf ein Kurztelegramm gewünschte telegraphische
Antwort kann als gewöhnliches oder dringendes Telegramm oder
als Kurztelegramm vorausbestimmt werden. Bei Fernsprechanschriften
zählt die Bezeichnung des zum Aufsuchen zu benutzenden
Fernsprechanschlusses, s. B. bei mehreren Vermittlungsstellen
am Ort „R 1202“ stets als ein Wort. Der Name des Telegramm-
empfängers kann bei Kurztelegrammen in der Fernsprechschrift
weggelassen werden. Die Kurztelegramme können wie jedes an-
dere Telegramm auch durch Fernsprecher aufgegeben werden. Sie
eignen sich besonders zur Uebermittlung von kurzen geschäftlichen
und persönlichen Mitteilungen aller Art. Die Kurztelegramme
werden sofort nach ihrer Ankunft am Bestimmungsort durch
Fernsprecher oder Nebentelegraphen angesetzt oder mit der näch-
sten Briefzustellung durch den Briefträger abgetragen. Die Ein-
führung des billigen Kurztelegrams hat allgemein Anka n a
gefunden. Im ersten Monat nach der Einführung wurden bereits
52 800 Kurztelegramme aufgegeben.

Die Polizei berichtet:

Unfälle

Auf dem Durlacher Lortplatz brach gestern früh einem jungen
Man sein Fahrrad plötzlich in der Mitte auseinander; der Rad-
fahrer stürzte zu Boden und verletzte sich durch die scharfen Kanten
des abgebrochenen Rahmenbaues erheblich am linken Unterarm.

Kranberuf

Eine 24jährige Bewohnerin der Jähringerstraße wurde ge-
stern abend im Flur ihres Hauses von einem 17jährigen Bader
von hier überfallen und mit einer Stahlstange durch mehrere
Schläge auf den Kopf erheblich verletzt. Der Täter versuchte
dabei der Frau die Handtasche zu entreißen. Der Kranberuf
mihlang, da die Ueberfallene sich zur Wehr setzte und schrie,
wodurch andere Personen aufmerksam wurden. Der Täter
konnte kurz darauf durch die Polizei festgenommen und ins
Gefängnis eingeliefert werden. Die Verletzte wurde mit dem
Städt. Krankenauto ins Städt. Krankenhaus verbracht. Die
Verletzungen sind nicht schwerer Natur.

Ausfahrungen

In den beiden vergangenen Nächten mußte die Polizei in zahl-
reichen Fällen, hauptsächlich in der Altstadt, wegen Ruhestörung,
Körperverletzung, groben Unfugs und dergleichen einschreiten. In
einem Falle wurde der Notruf nach der Scheffelstraße gerufen, wo
im Verlauf einer Schlägerei ein Mann durch Stiche mit einem
Taschenmesser am linken Unterarm verletzt wurde, während sein
Gegner durch Stockschläge mißhandelt wurde. Beide mußten sich
in ärztliche Behandlung begeben.

25 Jahre

Chlorodont

Zur Zahnpflege und zur Erlangung schöner weißer
und gesunder Zähne von mehr als 6 Millionen
allein in Deutschland täglich im Gebrauch.

